



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/178 - 7. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-33
Fernschreiber 0886890

Innenpolitische Alarmzeichen	S. 1
Malaya - ein neues Dominium	S. 3
"Bestseller" Sozialplan	S. 4
Lehrermangel und Schulraumnot	S. 5
Der österreichische Innenminister und der Wahlkampf	S. 7
Polnisches Rotes Kreuz will helfen	S. 8

Staatspartei und Kirchenpartei

Von Gustav W. Heinemann

Wesentlich für jede Demokratie ist das Vorhandensein mehrerer gleichberechtigter Parteien. Nur so kommt Regierung und Opposition zustande, so dass jede Frage von zwei Seiten angegangen wird. Nur so können die regierenden Mehrheiten wechseln. Wo Blockpolitik betrieben wird derart, dass eine Partei grundsätzlich die dauernde Führung der Politik beansprucht und andere Parteien nur Abwandlungen der Einheitslinie aber keine Opposition vertreten und keine Chance haben, die regierende Partei abzulösen, ist die freiheitliche Demokratie verlassen und in sogenannte Volkodemokratie umgewandelt. Der Schritt zu den Einheitslisten der Wahlvorschläge ist dann nur eine letzte äußerliche Konsequenz. Die sogenannten Wahlen, wie wir sie in den Ostblockstaaten erleben, werden dazu zu Erziehungsübungen mit dem Ziel, die sogenannten Wähler auf das herrschende System und seine Politik einzuschwören und festzulegen.

Staatspartei

Die Bundesrepublik ist nach ihrem Grundgesetz eine Demokratie mit freier Parteibildung. Die Praxis lehrt indessen, dass die "freie" Parteibildung eine überaus fragwürdige Angelegenheit ist, weil die Hürden der Wahlgesetze fortschreitend höher gezogen worden sind, so dass

nicht nur neue Parteien so gut wie überhaupt nicht ins Spiel kommen können, sondern auch immer mehr alte Parteien aus dem Parlament verdrängt werden. Diese Entwicklung mag also gut oder schlecht empfunden werden, - jedenfalls stehen sich in der Bundesrepublik nachgerade im wesentlichen nur noch die SPD und die CDU als die beiden Parteien gegenüber, von denen künftige Regierungsbildungen entscheidend bestimmt werden. Mindestens eine von ihnen muss an der Regierungsbildung beteiligt sein, weil es gegen oder auch nur ohne sie keine Mehrheiten gibt.

Bei solcher Sachlage ist jede methodische Diffamierung dieser Parteien ein Anschlag auf unsere Demokratie. Gleichwohl wird sie von Dr. Adenauer gegenüber der SPD eifrig gehandhabt. Unvergessen ist noch sein Appell vom 3. Dezember 1954 an die Berliner, nur ja keine SPD-Mehrheit zu wählen, weil ein Regierender Bürgermeister aus der SPD bei den Besatzungsmächten niemals Vertrauen und Hilfe finden werde! Heute regiert ein SPD-Bürgermeister in Berlin; vor ihm taten es schon Ernst Reuter und Louise Schröder. Ist Berlin darüber zugrunde gegangen? Zur jetzigen Bundestagswahl erklärt Dr. Adenauer, dass die SPD niemals zur Regierung kommen dürfe, weil sie den Untergang Deutschlands verkörpere! Karl Arnold war diesmal schon vorausgegangen. Er behauptete am 20. Februar 1957 in Bielefeld im Hinblick auf eine kommende SPD-Regierung: "Das sind Gefahren für den Staat, nicht Gefahren für meine Partei".

Diese Diffamierungen sind ein Alarmzeichen höchsten Grades! Sie treffen nicht nur die SPD als solche, sondern sie treffen unsere Demokratie im ganzen, sie treffen uns alle. Sie heben die Gleichachtung und Gleichberechtigung von Regierung und Opposition auf. Sie charakterisieren die CDU als eine Partei, welche für sich den Vorrang einer Staatspartei in anspruch nimmt.

Kirchenpartei

Mit dieser politischen Selbstüberhebung der CDU geht von katholischer Seite eine Inanspruchnahme der CDU als der alleinigen Kirchenpartei Hand in Hand. Insbesondere der katholische Bischof Keller (Münster) und der "Rheinische Merkur" versuchen zugleich katholische Kirche und CDU zu einer völligen Deckung zu bringen.

Zumindest die katholischen Staatsbürger sollen für die CDU blockiert sein, indem sie keinesfalls SPD wählen dürfen. Während Verlautbarungen nicht nur Evangelischer Kirchen sondern auch von Sprechern des Evangelischen Arbeitskreises der CDU dem für die evangelischen Staatsbürger deutlich entgegentreten, ist aus dem Bereich der katholischen Hierarchie und der katholischen CDU-Führung kein Widerspruch gegen die Erklärung des Bischofs Keller zu vernehmen, obwohl diese Erklärung grösstes Aufsehen erregt hat und ausserdem sogar noch vertieft wird.

Mit Druckererlaubnis des bischöflichen Stuhles von Münster vom 6. Juli d.J. ist soeben eine Broschüre von Dr. Konrad Schön, "Der Christ und die SPD" (Verlag Theodor Schmitz, Münster) erschienen, welche die Rede des Bischofs Keller vom 2. Juni d.J. verbreitet und ausführlich rechtfertigt. Die Ausführungen von Schön gipfeln in der Forderung an die SPD, vier Bekenntnisse abzugeben, "die sie von Christen gewählt werden könnte". Sie soll insbesondere die Anerkennung katholischer Belange in Schul- und Konkordatsfragen sowie jeglichen Verzicht auf soziale und pädagogische Programme aussprechen, welche sich mit der katholischen Lehre von Mensch, Staat und Gesellschaft nicht vereinbaren lassen! Schön fügt hinzu: "Wir sind uns dessen bewusst, dass derartige Erklärungen der SPD zu ihrer partei-lichen Selbstauflösung führen müssten". Dieser Appell zur bedingungs-losen Kapitulation und zur restlosen Unterwerfung unter ein Naturrecht nach der Auslegung der katholischen Kirche schliesst jede weitere Erörterung aus.

Zusammenhänge

Zwischen den Aussagen Dr. Adenauers und des Bischofs Keller bestehen Zusammenhänge. Schon lange gebärdet sich die CDU als die "Einheitsfront der Christen" zur Rettung des Abendlandes gegen "Hunnen" (Dr. v. Brentano) "Banditen" (Dr. Jäger) und "Todfeinde" (Dr. Adenauer). Aus einem anfänglichen Zusammenschluss evangelischer und katholischer Staatsbürger zu einem politischen Handeln aus christlicher Gewissenbindung ihrer Mitglieder ist sie in den letzten Jahren zu einem Kollektiv "christlicher Politik" im Sinne der Gedankenwelt und der Ziele ihrer engeren Führung geworden mit der Konsequenz, dass Opponenten als "Dummköpfe ersten Ranges oder Verräter" (Dr. Adenauer) angeprangert werden. Solche Gebärung entspricht nur zu sehr dem Stil einer Staatspartei und bestimmter kirchlicher Vorstellungen.

Wir fragen die CDU, ob sie sich entsprechend der Aussage ihres Vorsitzenden als alleinige Staatspartei und entsprechend der Erklärung des Bischofs Keller als alleinige Kirchenpartei zumindest für katholische Staatsbürger verstehen will?

Mit beruhigenden Antworten, dass alles nicht so gemeint ist, ist hier nicht gedient. Dafür sind die Vorgänge zu deutlich und zu schwerwiegend.

Den Ziele näher

H.E.D. - Der schmähliche Ausgang der Suez-Intervention im vergangenen Jahr hat dem britischen Empire-Geist einen Stoss versetzt. Selbst innerhalb der konservativen Regierung scheinen sich jene Kräfte durchgesetzt zu haben, die eine rasche Umwandlung der englischen Kolonien in Dominiums anstreben. Nur so, hofft man in London, könne die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der ehemaligen Besetzung und dem Mutterland aufrechterhalten bleiben. Nicht der Geist der Abhängigkeit, sondern der Wille zu einer von beiden Teilern akzeptierbaren Kooperation soll die künftigen Beziehungen regeln.

In März dieses Jahres wurde Ghana, dem früheren Territorium Goldküste, der Status eines Dominiums verliehen, am Ende dieses Monats wird es die Malaische Föderation sein. Schon rüdet man sich in Kuala Lumpur, der Bundeshauptstadt der neuen Staatengemeinschaft für die grossen Feierlichkeiten, die mehr sind als repräsentatives Gepränge. Neben Pakistan, Indien und Ceylon wird in Zukunft auch Malais ein gewichtiges Wort innerhalb der farbigen Welt, aber auch innerhalb des Commonwealth mitzureden haben. Als einer der grössten Zinn- und Gummiproduzenten der Welt ist die Stellung und Bedeutung des neuen Dominiums unrisen. Seit langer Zeit versuchten die Kommunisten, das Unabhängigkeitsbestreben der Malaien für ihre Ziele auszunutzen. Ein achtjähriger Partisanenkampf, der zeitweilig die Formen eines grossen Krieges annahm, hat in einem gewissen Sinne auch dazu beigetragen, die koloniale Bastion in diesem Lande abzutragen. Zwar ist nicht eine kommunistische Partei Malais der offizielle Sieger, sondern eine nationale Unabhängigkeitsbewegung. Denn auch für die Malaien ist die Brechung der britischen Kolonialmacht durch Rotchina kein erstrebenswertes Ziel gewesen. Diese Überlegungen haben den Kommunisten auf der Halbinsel wahrscheinlich die Palme des Sieges gekostet.

Während die Französische Republik in Algerien die Methoden des "klassischen" Kolonialismus verexerziert, während ein Land, das überreif für die Unabhängigkeit ist, mit Blut und Fränsen an Paris gekoppelt wird, hat der englische "common sense" ein malaisches Dien Bien Phu vermieden. Die asiatische und afrikanische Emanzipation ist nicht mehr aufzuhalten. Nicht nur die Idee der Menschlichkeit und die Anerkennung des Rechtes aller Völker auf Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, sondern auch die politische Klugheit und der wirtschaftliche Wirklichkeitssinn gebieten es, dem Rad der Entwicklung nicht in die Speichen zu greifen. Schon sind die Hauptstädte der farbigen Welt bedeutungsvoller geworden als viele der alten Welt. Eine Milliarde Menschen ist auf der Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Der Kommunismus ergreift jede Chance, diese Ordnung mitzubestimmen. Malais aber, wichtiges Ziel des Kommunismus in Südostasien, konnte sich anders entscheiden. Damit rückte es dem Ziel der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Gestaltung ein gutes Stück näher.

Erste Auflage des Sozialplan schon vergriffen

H.R. - Der auf Anregung des Parteivorstandes der SPD von einer Gruppe von 19 namhaften Sozialpolitikern vorgelegte "Sozialplan für Deutschland" hat, wie zu erwarten war, in weiten Kreisen der Öffentlichkeit grosses Interesse gefunden. Gemessen an den Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit Publikationen dieser Art gesammelt wurden, verspricht der "Sozialplan" zu einer Art "Bestseller" zu werden.

Die Nachfrage nach dieser Broschüre, die Leitgedanken und Vorschläge für ein umfassendes System Sozialer Sicherung enthält, war so gross, dass die erste Verlagsauflage von über 3 500 Exemplaren bereits 10 Tage nach ihrem Erscheinen vergriffen war. Auf Grund der inzwischen immer noch eintreffenden Bestellungen wurde eine unveränderte 2. Auflage bereits in Druck gegeben, so dass weitere Exemplare schon in den nächsten Tagen zur Verfügung stehen. Wie aus den Zuschriften und Feststellungen sehen jetzt zu ersehen ist, haben vor allem die Ausführungen in den Seiten "Gesundheitssicherung", "Soziale Arbeit und Sozialhilfe" und "Der Soziale Gesamtplan in volkswirtschaftlicher und finanzieller Sicht" besondere Beachtung gefunden. Die amtliche Sozialpolitik ist durch die Verabschiedung einzelner isoliert betrachteter Gesetze in eine ernsthafte Krise geraten. In Zuschriften und Stellungnahmen zum "Sozialplan" wird deshalb zum Ausdruck gebracht, dass die in der Broschüre enthaltenen Vorschläge gerade im rechten Augenblick die weitere Diskussion bestimmen werden, zumal sie sich sowohl durch ihre Ausführlichkeit als auch durch die Sachlichkeit von den jüngsten Veröffentlichungen aus Kreisen der Regierungsparteien unterscheiden. Eine erste Aufschlüsselung nach Personengruppen der beim Verlag eingegangenen Feststellungen rechtfertigt die Annahme, dass der Aufruf des Vorsitzenden der Sozialdemokratie zur Mitarbeit und zur Ergänzung des Sozialplanes nicht ungehört verhallt ist. Wo immer zur Zeit über Sozialpolitik diskutiert wird, ob in Ärztekreisen, bei den Versicherungen oder bei den Krankenkassen, immer wieder hört man die Feststellung, dass an diesem Plan nicht vorbeigegangen werden könne, weil er ein zeitgerechtes Fundament für eine moderne Sozialpolitik in der Bundesrepublik und für ein wiedervereinigtes Deutschland ist.

"Kein Grund zum Stolz"

sp - In Frankfurt a.M. findet zur Zeit der internationale Lehrerkongress statt. Die Öffentlichkeit nimmt leider recht wenig Notiz von dieser ausserordentlich interessanten Tagung. Da ist die Frankfurter Radio- und Fernseh Ausstellung schon interessanter, weil dort "für das Auge" mehr geboten wird.

Und doch - die Lehrer, die in Frankfurt versammelt sind, haben bittere Klage darüber geführt, dass in den meisten Ländern der freien Welt völlig unzulängliche Mittel für die Schulen zur Verfügung stehen. Der kanadische Pädagoge Dr. L.P. Patterson drückt das so aus: "Die Welt hat nicht viel Grund auf ihr Erziehungswesen stolz zu sein. Mehr als zwei Drittel der internationalen Gruppen, die auf dem Frankfurter Kongress vertreten sind, haben berichtet, dass die Kinder ihres Landes infolge des Lehrermangels nur unzureichenden Unterricht erhalten".

Mehr als zwei Drittel von 18 Ländern - das sind mehr als 12 Länder der freien Welt !

Und warum gibt es zu wenig Lehrer ? Auch darüber ist in den Berichten einiges gesagt worden. Weil die Lehrer im allgemeinen zu schlecht bezahlt werden, weil man ihnen - besonders in kleineren Orten - keine ausreichenden Wohnungen zur Verfügung stellt und weil die gesellschaftliche Stellung der Lehrer in vielen Ländern nicht so anerkannt wird, wie es entsprechend der Aufgabe und der Leistung des Lehrers in der Gesellschaft sein müsste.

Beunruhigende Worte, die uns tatsächlich keinen "Grund zum Stolz geben.

Und wie sieht es bei uns aus, in dem Land, dessen Regierung sich rühmt, ein Wirtschaftswunder vollbracht zu haben ? Auch in der Bundesrepublik fehlen Lehrer. Die hohen Schülerzahlen in den

Klassen der Schulen haben ihre Ursache nicht nur im Schulraummangel. Auch der Lehrermangel zwingt manche Schulbehörden dazu, Klassen zusammenzulagen. Es ist unhaltbar, dass 40 und mehr Kinder oft in einer Klasse die Schulbank drücken. Die Einführung des 9. Schuljahres, das jetzt auch von der Industrie befürwortet wird, scheitert nicht zuletzt am Lehrermangel. Aber es fehlen auch die Mittel für den Bau von neuen Schulhäusern. Insgesamt müssten in der Bundesrepublik - um den Bedarf an Schulräumen decken zu können - etwa 3,5 Milliarden DM eingesetzt werden, die Länder, die nach dem Grundgesetz die Kulturhoheit haben, sind nicht dazu in der Lage.

Die Lehrer, die aus dem Ausland nach Frankfurt gekommen sind, und die sicher auch Vergleiche zwischen den wirtschaftlichen Leistungen in der Bundesrepublik und den Leistungen für unsere Schulen anstellen, sollen - wie man hört - recht oft den Kopf schütteln. Sie verstehen nicht, dass wir 9 bis 11 Milliarden DM pro Jahr für die Aufrüstung ausgeben und uns andererseits über Lehrermangel, Schulraumnot und Schichtunterricht beklagen. Auf dem Kongress sagte ein ausländischer Delegierter, ihm wäre wohlher, wenn er neben dem deutschen Wirtschafts- und Aufrüstungswunder, auch das deutsche Schulwunder bewundern könnte.

Auch wir haben keinen Grund zum Stolz !

* * *

Für zahlreiche Lehrstühle ist keine Neubesetzung möglich, weil die Wissenschaftler keine genügend ausgestatteten Institute vorfinden und für ihre Lebensbedürfnisse zu geringe Einkommen erhalten. Man kann nicht erwarten, dass es in einem Beruf zur Norm wird, dass die Anwärter sich jahrelang durchhungern, ihre besten Kräfte in einem daneben nötigen Broterwerb verbrauchen und damit den wissenschaftlichen Erfolg selbst gefährden".

Erich Ellenhauer

* * *

Die Arbeit über die Oskar Helmer - Rede
Von Fritz Heine

Der österreichische Innenminister Oskar Helmer hat Anfang Juli auf dem Bezirkstag der SPD Hessen-Nord in Kassel gesprochen. Sätze seiner Rede nahmen eine Anzahl bundesrepublikanischer Zeitungen zum Anlaß, scharf gegen die deutsche Sozialdemokratie zu polemisieren. Das Manuskript der Rede des österreichischen Innenministers liegt jetzt in vollen Wortlaut vor und beweist ebenso wie die gemachten Tonbandaufnahmen, daß die entscheidenden Sätze über den Marxismus entweder unvollständig, meist jedoch völlig entstellt und unwahr wiedergegeben worden sind. Auch in diesem Falle war wieder einmal der Wunsch der Vater der regierungsfreundlichen Presse.

Es ist nicht wahr, daß Innenminister Helmer der SPD "Wahlkampfratschläge" erteilt und sie "kritisiert" hat. Oskar Helmer hat nicht gesagt, wie mehrere Zeitungen berichten, "er wolle sich in dem deutschen Wahlkampf nicht einmischen, die SPD könne aber die Macht in der Bundesrepublik an sich reißen, wenn sie wie die SPÖ den Boden des Klassenkampfes und der marxistischen Theorie vollkommen überwunden habe."

Die wirklichen Ausführungen des österreichischen Innenministers in Kassel stimmen vielmehr grundsätzlich mit der Ansicht der deutschen Sozialdemokratie überein und waren folgende:

"Wir werden auch auf dem Parteitag (der SPÖ) unsere Stellung zum Marxismus klarzustellen haben. Der Marxismus war zeitbedingt, so wie jede wissenschaftliche Leistung. Es wird notwendig sein, den Marxismus von allen Verzerrungen zu reinigen, die ihm seine blinden Anhänger, aber auch seine blinden Gegner zugefügt haben. Wir alle, die durch die Schule des Marxismus gegangen sind, anerkennen seine große historische Tat, aber in den hundert Jahren hat sich vieles verändert und wir müssen den Veränderungen Rechnung tragen."

Oskar Helmer sind die gehässigen Polemiken eines Teiles der deutschen Presse bekannt geworden. Er wendet sich voller Abscheu von diesen zweckentstellten gemeinen Veräberungen und schreibt: "Ich bedaure es außerordentlich, daß diese meine Ausführungen zu einer derartigen Polemik führten. Ich bin überzeugt, daß dies nur aus dem Grunde geschieht, die deutsche Sozialdemokratie in Wahlkampf zu schädigen."

* * *

Eine beachtliche Vereinbarung

sp. Fast unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit besuchte Ende Juni dieses Jahres eine Delegation des Polnischen Roten Kreuzes unter Leitung des Generalsekretärs Blizniewsky den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg.

In den Verhandlungen wurde eine vollständige Übereinkunft über die gegenseitige Unterstützung im Suchdienst getroffen. Das Polnische Rote Kreuz wird dem Deutschen Roten Kreuz bei der Nachforschung nach Deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, deren letzte Nachricht aus polnischen Haftanstalten stammt, sowie bei der Nachforschung nach Kindern helfen; es wird dem Deutschen Roten Kreuz weiter die in Polen noch vorhandenen Unterlagen über vermißte Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht übermitteln.

Das Polnische Rote Kreuz unterhält einen Suchdienst mit mehr als hundert Angestellten, von denen ein Teil den polnischen Umsiedlern hilft, die jetzt aus den sowjetisch gewordenen Territorien Polens nach Polen kommen. Von der jetzt abgeschlossenen Suchdienstvereinbarung kann man sich eine erhebliche Beschleunigung aller Nachforschungsfälle versprechen, die im polnischen Bereich aufzuklären sind.

Die Vertreter des Polnischen Roten Kreuzes teilten bei dieser Gelegenheit mit, daß die Familienzusammenführung entgegen umlaufenden Gerüchten auch über den 30. Juni hinaus im bisherigen Umfang fortgeführt werden wird, so daß wahrscheinlich bis Ende dieses Jahres der größte Teil der Personen nach Deutschland gekommen sein wird, der unter den zwischen den beiden Rot-Kreuz-Gesellschaften abgeschlossenen Familienzusammenführungsvertrag fällt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel